

## Zeittafel – Bruno Kreisky

- 1911 Geb. in Wien
- 1926 Beitritt zum Verband Sozialistischer Mittelschüler, um bald wieder auszutreten, weil nur diskutiert und keine Aktionen gesetzt würden
- 1927 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, bald Bezirksobmann
- 1929 Matura
- 1930 Obmann der niederösterreichischen Gebietsorganisation der Sozialistischen Arbeiterjugend
- Herbst 1930 Beginn des Jusstudiums
- 1933 Obmann des Reichsbildungsausschusses der Sozialistischen Arbeiterjugend
- 1934 Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird verboten – Kreisky arbeitet illegal weiter, er ist ein wichtiger Verbindungsmann zwischen verschiedenen illegalen Gruppen. Er erkannte früh, dass der Sozialdemokratie nicht nur von rechts, sondern auch von links Gefahr drohte.
- 30. Jän. 1935 Verhaftung wegen illegaler politischer Arbeit
- 24. Jän. 1936 Sozialistenprozess – Kreisky wird nach einer revolutionären Rede zu einem Jahr Kerker verurteilt und von allen österreichischen Hochschulen relegiert
- 1938 Fortsetzung des Jusstudium und der illegalen Parteiarbeit
- 14. März 1938 Gestapo erscheint in Kreiskys Wohnung, Ablegung des letzten Rigorosums noch möglich
- 15. März 1938 „Schutzhaft“
- Aug. 1938 Enthftung mit der Auflage, das Land zu verlassen
- 29. Sept. 1938 Verlassen Österreichs mit dem Ziel Schweden
- 1939–45 Angestellter im Sekretariat der Stockholmer Konsumgenossenschaft, daneben Mitarbeiter verschiedener ausländischer Zeitungen und Zeitschriften und schwedischer Tages-/Wochenzeitungen
- Sommer 1939 Kongress der Sozialistischen Jugendinternationale in Lille – Rede Kreiskys (Abgrenzung von Kommunisten)

- 
- 1941 Obmann des Klubs österreichischer Sozialisten in Schweden, Verbindung zu anderen Emigrantenklubs
- Sommer 1943 Konzept für Erklärung der österreichischen Sozialisten in Schweden für die „Wiederherstellung eines selbstständigen Österreichs“
- Feb. 1944 Resolution über die Einberufung eines „Österreichischen Nationalkongresses“ aus allen Ländern
- 1945 Kreisky sehnt sich nach Wien – Ernst Lemberger kommt als Abgesandter, um Kreisky nach Wien zu holen, Kreisky setzt jedoch seine Arbeit in Schweden fort
- Mai 1946 Kurze Rückkehr nach Wien – Adolf Schärf entscheidet sich gemeinsam mit der Partei, Kreisky im diplomatischen Dienst einzusetzen
- Feb. 1947 Zuteilung zur österreichischen Gesandtschaft in Stockholm
- Nov. 1949 Beamter in der wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenamtes in Wien
- 1951 Vertrauensmann der SP in Hernals unter dem Bezirksobmann Franz Olah – Als Subkassierer seiner Sektion besucht Kreisky regelmäßig die SP-Mitglieder und lernt so die Mitglieder der „neuen, alten Partei“ kennen
- Juni 1951 Bundespräsident Theodor Körner betraut Kreisky mit der Funktion des Kabinettsvizedirektors und Beraters in politischen Fragen
2. April 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Sektion „Auswärtige Angelegenheiten“
- 1954 Teilnahme an Berliner Außenministerkonferenz über den österreichischen Staatsvertrag
- 1955 Mitglied der österreichischen Delegation, die den Staatsvertrag in Moskau verhandelt
- Mai 1956 Folgt Oskar Helmer als Nationalratsabgeordneter nach
- Nov. 1956 Wahl Kreiskys in den Parteivorstand (stand gar nicht auf der Liste)
- 1957 Mitglied der Parteieuxekutive (gemeinsam mit Franz Olah, Felix Slavik, Bruno Pittermann)
- 1959 Stellvertretender Parteivorsitzender und Außenminister im Kabinett Raab III
- 1.–7. Juli 1962 Von Kreisky organisierte „Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft“ in Salzburg – „Wiener Erklärung“ (Vorstellungen über einen „Marshallplan für die Dritte Welt“)

- 
- 20. Aug. 1963 Kongress der Sozialistischen Jugendinternationale in Oslo – Rede Kreiskys
  - Nov. 1963 Wahlsieg der ÖVP – Kreisky soll aus der Regierung ausscheiden, wird aber v.a. aufgrund der Interventionen von Franz Olah wieder Außenminister
  - 1. Feb. 1967 Wahl zum Parteivorsitzenden der SPÖ
  - 1966–70 Kreisky weist immer wieder darauf hin, wie wichtig die Wirtschaft ist, und wie wenig die Politik vermag, wo und wenn die Wirtschaft daniederliegt.
  - 1969 Verabschiedung der „Eisenstädter Erklärung“ durch den Parteitag – klare Abgrenzung von der KPÖ
  - 1. März 1970 Nationalratswahl: relative Mehrheit der SPÖ, Kreisky wird Bundeskanzler
  - 30. Okt. 1970 Reform des Familienrechts: Gesetz über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes
  - 27. Nov. 1970 Wahlrechtsreform
  - 1971 Lohn und Einkommenssteuerreform (Progressionsmilderung)  
Bundesheerreform (Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate)  
soziale Verbesserungen im Schulwesen (Schülerfreifahrt, freier Zugang zur AHS)
  - 8. Juli 1971 „Kleine Strafrechtsreform“
  - 10. Okt 1971 Nationalratswahl: absolute Mehrheit der SPÖ
  - Nov. 1971 Heiratsbeihilfe
  - 2. Dez. 1971 Gesetz über die Heiratsbeihilfen zur Hausstandsgründung
  - Jän. 1972 Mehrwertsteuer eingeführt
  - Feb. 1972 Hochschultaxen abgeschafft
  - 1. Sept. 1972 Einführung der Gratisschulbücher
  - Sept. 1972 Ortstafelstreit
  - 15. Feb. 1973 „Stahlfusion“ – Strukturbereinigung in der verstaatlichten Industrie
  - Sommer 1973 Beginn des Baus der UNO-City
  - 10. Juli 1973 Kreisky warnt vor Prosperitätseuphorie in einer Rede über die wirtschaftliche Lage im Nationalrat
  - 28. Sept. 1973 Arabische Terroristen nehmen jüdische Auswanderer aus der UdSSR als Geiseln im Grenzbahnhof Marchegg
  - 29. Nov. 1973 Liberalisierung der Gewerbeordnung
  - Nov. 1973 Fristenlösung beschlossen

- 
- 14. Dez. 1973 Mutter-Kind-Pass und Geburtenhilfe eingeführt
  - Dez. 1973 Arbeitsverfassungsgesetz
  - Feb. 1974 Schulunterrichtsgesetz
  - März 1974 Zivildienst eingeführt
  - Nov. 1974 Gesetz über die 40 Stundenwoche für unselbstständige Beschäftigte
  - „Große Strafrechtsreform“
  - 2. Juli 1975 Gesetz über die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe (Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe)
  - 5. Okt. 1975 Nationalratswahl: absolute Mehrheit der SPÖ
  - Okt. 1975 Beginn der Peter-Wiesenthal-Kreisky-Affäre
  - Ende 1975 Terrorangriff auf OPEC-Konferenz
  - 1976 Wahl zum Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale
  - Volksgruppengesetz – Es sind lediglich dort zweisprachige Ortstafeln aufzustellen, wo slowenische Minderheit 25 % der Gesamtbevölkerung ausmacht (widerspricht Staatsvertrag).
  - 17. Mai 1978 Neues SP-Parteiprogramm wird beschlossen
  - 5. Nov. 1978 Volksabstimmung über Zwentendorf – Kreisky hatte im Fall der Niederlage seinen Rücktritt angekündigt, das Parteipräsidium nimmt seinen Rücktritt jedoch nicht an, sondern stattet ihn mit einer Generalvollmacht zum Privilegienabbau und zur Regierungsumbildung aus.
  - 30. Nov. 1978 Sozialversicherung für freie Berufe wird zum Gesetz
  - 15. Dez. 1978 Atomsperrgesetz
  - 6. Mai 1979 Nationalratswahl: absolute Mehrheit der SPÖ
  - 3. Sept. 1980 Zehn-Punkte-Programm – Sauberkeit und Kontrolle im öffentlichen Leben und strikte Trennung von Politik und Geschäft
  - 9. Sept. 1980 Parteivorstand nimmt das Zehn-Punkte-Programm an
  - 6. Jän. 1981 Wahl zum „Politiker des Jahres 1980“ durch ein Gremium von Politikern, Künstlern und Wissenschaftlern in Paris
  - 22. Jän. 1981 Androsch scheidet aus der Regierung aus
  - 15. Mai 1981 SPÖ präsentiert ihr Wirtschaftsprogramm nach einer Wirtschaftskonferenz der Bundesregierung
  - 22./23. Mai 1981 SP-Parteitag unter dem Motto „Österreich muß vorne bleiben“ (Anzeichen einer kommenden Wirtschaftskrise mehren sich)

- Okt. 1981 Teilnahme am Nord-Süd-Gipfel in Cancun aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich
5. Mai 1982 Ärztekonsilium gibt Grünes Licht für neuerliche Kandidatur Kreiskys
21. Mai 1982 Kreisky entscheidet sich für die Wiederkandidatur unter zwei Bedingungen:
- (1) Anton Benya muss bleiben
  - (2) Er selbst will freie Hand bei der Regierungsbildung
16. Sept. 1982 Regierungsklausur: Beschäftigungsprogramm gegen Arbeitslosigkeit
- 1982/83 Kreisky kündigt immer wieder an, dass er bei Verlust der absoluten Mehrheit nicht mehr für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung stehen würde.
25. April 1983 Nationalratswahl: Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ, Kreisky tritt als Bundeskanzler zurück
25. Sept. 1983 Rücktritt vom Parteivorsitz
9. Jun. 1986 Verzicht auf den Titel Ehrenvorsitzender – „... Unzufriedenheit mit der Politik der Partei in einer ganzen Reihe von Fragen, allen voran die de facto Solidarisierung mit Dr. Hannes Androsch ...“
- aus Miteigentum an „Consultatio“ wurden keine Konsequenzen gezogen
  - Gespräche darüber unbefriedigend verlaufen, keine Unterstützung vom Parteipräsidium (mangelnde Sensibilität für Unvereinbarkeit)
  - Gerüchte über Unregelmäßigkeiten bei Androschs Abgaben (Kreisky wollte nicht, dass Androsch verantwortungsvollen CA-Posten bekommt)
29. Juli 1990 Kreisky stirbt in Wien

## Zeittafel – Hannes Androsch

- 1938 Geb. in Wien
- 1953 Obmann der Gruppe Floridsdorf des „Verbands Sozialistischer Mittelschüler“
- 1956 VSStÖ-Mitglied (Verband Sozialistischer Studenten Österreichs)
- 1959 Studienabschluss an der Hochschule für Welthandel in Wien
- 1960 Wiener Obmann des VSStÖ
- 1962 Bundesobmann des VSStÖ
- 1963 Steuerexperte des SP-Parlamentsklubs
- 1964 Mitglied des SP-Bezirksvorstandes Floridsdorf
- 1965 Konsulent des SP-Parlamentsklubs für Steuerfragen  
Übernahme des Witwen- und Deszendentenfortbetriebs  
(auf fünf Jahre begrenzt) nach dem Tod des Vaters
- 1966 Beeideter Wirtschafts- und Steuerprüfer
- 11. April 1967 Referat vor der „Ersten ökonomischen Versammlung der Sozialistischen Partei“ – „Öffentliche Armut – privater Reichtum“
- 23. Okt. 1967 Abgeordneter zum Nationalrat
- 21. April 1970 Bundesminister für Finanzen
- 11. Juni 1970 Steuerberatungskanzlei „Consultatio“ wird ins Handelsregister eingetragen
- 1973 Nach 1971 neuerliche Aufwertung des Schilling, es kommt zu einem Konsens zwischen den Sozialpartnern, v.a. der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, und dem Finanzminister, Kreisky ist daran nicht beteiligt und daher verärgert.
- 1974 Nachfolgefrage Bundespräsident – u.a. stellt Androsch eine Kandidatur Kreiskys zur Diskussion  
Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden durch Parteitag
- 9. Sept. 1975 Gründung der Allgemeinen Krankenhaus Planungs- und Errichtungs-AG (AKPE)
- 1976 Ernennung zum Vizekanzler

- 1977 Diskussion um Unvereinbarkeit von Tätigkeit als Finanzminister und Beteiligung an Steuerberatungskanzlei „Consultatio“  
Finanzpolitische Auffassungsunterschiede zwischen Kreisky und Androsch bezüglich Hartwährungspolitik  
Wunsch, Präsident der österreichischen Nationalbank zu werden
- 1978 Neubesetzung des Präsidentenposten der österreichischen Nationalbank mit Stephan Koren  
Vorsitzender des OECD-Rates  
Kreisky erklärt, dass er von Existenz der „Consultatio“ nichts gewusst habe
5. Nov. 1978 Volksabstimmung über Zwentendorf
1. Dez. 1978 Angebliche Entgleisung von Androsch (Eröffnung des Arlbergtunnels)
6. Dez. 1978 Kreisky versucht in einer außerordentlichen Sitzung des erweiterten Parteivorstandes, Mehrheit für Ausscheiden Androschs aus Regierung zu finden
- Jän. 1979 Treuhänderlösung für „Consultatio“
- Frühjahr 1979 Kontakte mit Steger über mögliche Koalition
- 1979 Wahlsieg der SPÖ
- 1980 Kreisky beginnt, konkret von Ablöse Androschs zu sprechen.  
Wahl zum Vorsitzenden des Interimskomitees des Weltwährungsfonds
- April 1980 Parlamentarischer Untersuchungsausschuss – gegen Androsch werden unbewiesene Vorwürfe bezüglich Verwicklung in den AKH-Skandal vorgebracht
15. April 1980 Brief Kreiskys an Androsch, in dem er „tiefste Besorgnis um [Androschs] politische Zukunft“ äußert
21. April 1980 Vier-Punkte-Vereinbarung, in der festgelegt wird, dass es keine öffentlichen Aufträge mehr für die „Consultatio“ geben soll
- Juni 1980 Regierungsklausur über die „Korruptionssituation in Österreich“, Kreisky berichtet am Beispiel des AKH-Bauskandals und kündigt schonungslose Aufdeckung an
- Juli 1980 Androsch opponiert gegen die von Kreisky vorgeschlagene Quellensteuer (Konflikt entlädt sich auf inhaltlicher Ebene)
20. Aug. 1980 Kreisky stattet „profil“-Redakteur mit Materialien gegen Androsch aus

- 
21. Aug. 1980 Sondersitzung des Nationalrats – Der Misstrauensantrag gegen Androsch wird mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ abgelehnt, in der Beantwortung der dringlichen Anfrage zu Androschs angeblicher Verwicklung in den AKH-Skandal distanziert sich Kreisky jedoch von Androsch
31. Aug. 1980 ORF-Interview – Androsch zeigt Bereitschaft, alles hinzuschmeißen
3. Sept. 1980 Zehn-Punkte-Programm – Sauberkeit und Kontrolle im öffentlichen Leben und strikte Trennung von Politik und Geschäft
9. Sept. 1980 Parteipräsidium und -vorstand bekräftigen Programm  
Kreisky droht mit Rücktritt  
Das von Androsch schriftlich eingebrachte Rücktrittsangebot (Bedingung: Beibehaltung der Funktion des stellvertretenden Parteivorsitzenden) wird mit Unterstützung von Anton Benya, Christian Broda, Karl Lausecker, Hertha Firnberg, Theodor Kery und Leopold Wagner abgelehnt
- Okt. 1980 VP-Misstrauensantrag gegen Androsch
- Nov. 1980 VP-Misstrauensantrag gegen Androsch
5. Nov. 1980 Reform der Unvereinbarkeitsbestimmungen im Parlament beschlossen
27. Nov. 1980 Brief Kreiskys an Karl Blecha und Fritz Marsch –  
„Das Ausmaß der Vertrauenskrise, die die Partei in diesen Monaten durch die Gewinnsucht weniger und das Verständnis, das von einigen hierfür aufgebracht wird, erleidet, ist sehr groß ...“
9. Dez. 1980 Androsch teilt dem SP-Präsidium seinen Rücktritt mit
11. Dez. 1980 SP-Präsidium beschließt, Androsch an Spitze der CA zu setzen
- Jän. 1981 Demissionierung, Androsch schließt Rückkehr in Politik nicht vollkommen aus
15. Jän. 1981 Wahl zum Generaldirektor-Stellvertreter der Creditanstalt-Bankverein
6. April 1981 Generaldirektor der CA
- 1982 Im Lauf des Jahres erscheinen Interviews mit Androsch und Zeitungsartikel in der „AZ“, im „Börsenkurier“, in der „Wochenpresse“, in „Bild am Sonntag“ und in der „Kronen-Zeitung“, in der die Kritik Androschs an der Regierungspolitik und dem Kanzler explizit gemacht werden
25. Nov. 1982 Der „Foreign Report“ berichtet – „Androsch wird möglicherweise Kreiskys Nachfolger“



- 
- 6. Dez. 1982 Brief Kreiskys an Karl Blecha, in dem der Kanzler die kritischen Zeitungsartikel auflistet und dem Parteipräsidium und -vorstand ihr Schweigen vorwirft
  - Ende 1982/83 Kreisky versucht, die in der SP-Spitze noch immer vorhandene Rückendeckung für Androsch zu Fall zu bringen
  - Juli 1983 „Basta“ 7/1983: Brief Androschs an Leopold Gratz, in dem er auf die Entscheidung des Wiener Ausschusses reagiert, ihn auf Anraten von Leopold Gratz nicht mehr als Kandidaten für den SP-Parteivorstand vorzuschlagen, und mit Kreisky abrechnet
  - 23. Aug. 1983 „Die Presse“: Androsch übt in einem Interview Kritik am Altbundeskanzler, der ihm vorgeworfen hat, dass sein schlechter Gesundheitszustand auf den Streit mit Androsch zurückzuführen sei
  - 12. Dez. 1983 Brief Kreiskys an Fred Sinowatz: Kreisky ist über milde Zurechtweisung Androschs (nach dessen Brief an Gratz) durch das Parteipräsidium enttäuscht
  - 2. Aug. 1984 Anzeige Androschs durch Finanzminister Herbert Salcher wegen Verdachts der Abgabenverkürzung
  - 1988 Verurteilung Androschs  
Ende der CA-Karriere  
Konsulent der Weltbank
  - 1989 Gründung der Androsch International Management Consulting (AIC)
  - 1994 Miteigentümer und Aufsichtsratsmitglied des staatlichen Leiterplattenunternehmens AT&S
  - 1996 Freispruch im Wiederaufnahme-Steuerverfahren
  - 1997 Miteigentümer und Aufsichtsratsmitglied der Österreichischen Salinen AG
  - 2000 Einstieg beim britischen Risikokapitalfonds „nCoTec“ und Übernahme des Vorsizes im Aufsichtsrat
  - April 2000 Androsch kritisiert die SPÖ, die „eine finanziell kaputte und personell ausgedünnte Partei ohne Inhalte“<sup>1)</sup> sei. Er bietet dem neuen SP-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer seine Unterstützung an
  - Okt. 2000 Value Managemement Award für AT&S

---

<sup>1)</sup> „Der Standard“, 22.–24.04.2000.

- 
- Dez. 2000 Schadenersatzklage in der Höhe von 100 Mio. Schilling gegen Androsch in seiner Funktion als ehemaliger Aufsichtsrat der insolventen Rieger Bank
- Aug. 2001 Kritik am Verkauf der Bank Austria-Creditanstalt an die bayrische Hypovereinsbank<sup>2</sup>
- Nov. 2002 Pressekonferenz gemeinsam mit Parteivorsitzendem Alfred Gusenbauer
- Jän. 2003 Vorsitzender des Universitätsrates der Montan Universität Leoben
- Mai 2003 Androsch verteidigt die Entscheidung der VP/FP-Regierung für den Ankauf der Eurofighter. Das Ausmaß der angekündigten Gegengeschäfte in der Höhe von vier Milliarden Euro bezeichnet er allerdings als „illusorisch“<sup>3</sup>. Die zu seiner Firmengruppe gehörige Flugzeugzulieferfirma Fischer Advanced Composite Components (FACC) werde allerdings von den Gegengeschäften profitieren  
Androsch macht deutlich, dass er „kein Problem mit einer Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Freiheitlichen“<sup>4</sup> habe
- Juli 2003 Freispruch durch den OGH in Sachen Rieger Bank
- Juni 2003 Pläne, um gemeinsam mit Ludwig Scharinger, Chef der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, den Stahlkonzern Vöestpine zu erwerben und damit die Zerschlagung durch Frank Stronach, Eigentümer des Magna-Konzerns, zu verhindern
26. Sep. 2003 Androsch bietet mit um die insolvente Porzellanmanufaktur Augarten, bekommt jedoch den Zuschlag nicht
- Dez. 2003 Hannes Androsch überredet die Bundesregierung und die Stadt Wien zur gemeinsamen Durchführung einer Ausstellung „50 Jahre Staatsvertrag“ und organisiert deren Teilfinanzierung aus privaten Mitteln.

---

<sup>2</sup>) „Der Standard“, 13.08.2001.

<sup>3</sup>) „Der Standard“, 22.05.2003.

<sup>4</sup>) „Der Standard“, 22.05.2003.